

Weimar stellt sich Neonazis entgegen

Einen „Trauermarsch“ wollten Neonazis in Weimar veranstalten, kommen aber schon bald zum Stehen. Gegendemonstranten blockieren erfolgreich den Weg.

Weimar – Mehr als 1000 Menschen haben sich am Samstag in Weimar einem von Neonazis geplanten sogenannten Trauermarsch entgegengestellt. Nach Polizeiangaben kamen bei den Protesten des Bündnisses gegen Rechts etwa 1200 Gegendemonstranten zusammen. Der „Trauermarsch“ der Rechtsextremen zählte etwa 100 Teilnehmer.

Dabei konnten die Neonazis nur einen Teil der festgelegten Route marschieren: „Wir haben die Marschstrecke verkürzen müssen wegen einer Blockade“, sagte Polizeisprecherin Steffi Kopp. Uta Kühne vom Bürgerbündnis wertete dies als Erfolg: „Das



„Weimar gegen Rechts“: Gut 1000 Demonstranten blockierten am Samstag ein sogenannten Trauermarsch von Neonazis zum Jahrestag der Bombardierung Weimars. Foto: dpa

Bündnis „Weimar gegen Rechts“ hat erfolgreich verhindert, dass alte und neue Nazis die Bombardierung Weimars vor 70 Jahren für ihre Zwecke missbrauchen konnten.“

Bei einer Kundgebung forderte auch Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke), Rechtsextreme dürften die Geschichte nicht für sich instrumentalisieren. Er warnte zudem davor, die Verbrechen der

Nationalsozialisten zu verharmlosen. Außerdem sprachen unter anderem Weimars Oberbürgermeister Stefan Wolf (SPD) und der Präsident der Hochschule für Musik, Christoph Stölzl.

Der Polizeisprecherin zufolge gab es außer der Blockade der Marschrouten nach ersten Erkenntnissen keine Übergriffe zwischen den beiden Gruppen. Bis auf „das übliche Geplänkel“ zwischen Neonazis

und Antifa sei die Veranstaltung friedlich verlaufen.

Bei den Bombardements im Februar 1945 und im August 1944 starben neben Einheimischen auch Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge. Allein im Februar 1945 wurden 600 Insassen des Konzentrationslagers Buchenwald getötet. Innerhalb weniger Minuten hatten 198 englische Flugzeuge 481 Tonnen Bomben abgeworfen.

Für Montag, 19 Uhr, hat das Bündnis für Demokratie und Toleranz, gegen Rechts-Extremismus in Suhl und Zella-Mehlis in den Saal Simson des CCS in Suhl eingeladen. Unter anderen Ministerpräsident Ramelow, die Ostbeauftragte der Bundesregierung, Iris Gleicke (SPD) und Suhls Oberbürgermeister Jens Triebel (parteilos) wollen mit Bürgern ins Gespräch kommen, während praktisch zeitgleich „Sügida“ genau gegenüber auf dem Platz der deutschen Einheit erneut zur Kundgebung aufgerufen hat. dpa